

Note des Auswärtigen Amts zur Politik des leeren Stuhls (Bonn, 12. Juli 1965)

Quelle: SCHWARZ, Hans-Peter (sous la dir.). Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1965. Volume III: 1. April bis 31. August 1965. München: R. Oldenbourg Verlag, 1996. ISBN 3-486-56071-9.

"Telefongespräch des Bundesministers Schröder mit dem luxemburgischen Staatsminister Werner", p. 1159-1162.

Urheberrecht: (c) Dr. Arnim Lang

URL: http://www.cvce.eu/obj/note_des_auswartigen_amts_zur_politik_des_leeren_stuhls_bonn_12_juli_1965-de-dda739b6-00a8-4f9b-9c2e-a5429ba3a016.html

Publication date: 19/12/2013

Telefongespräch des Bundesministers Schröder mit dem luxemburgischen Staatsminister Werner

MB 2447/65 VS-vertraulich

12. Juli 1965

Aufzeichnung über das Telefongespräch, das der Herr Bundesminister am 12. Juli 1965 gegen 16.15 Uhr mit dem luxemburgischen Staatsminister Werner führte.

Der Herr Bundesminister rief Herrn Staatsminister Werner an, um mit ihm einen Meinungsaustausch über die aktuellen EWG-Fragen zu führen. Das Gespräch nahm folgenden Verlauf:

Schröder: Die Bundesregierung sei der Meinung, daß man an der von den fünf Außenministern in Brüssel vertretenen Auffassung festhalten solle, zunächst die Vorschläge der EWG-Kommission abzuwarten. Bis dahin sollten die einzelnen Regierungen sich zurückhalten. Vorschläge einzelner Regierungen sollten in diesem Zeitpunkt nicht vorgelegt werden, da dies die Stellung der Kommission beeinträchtigen müsse. In der Kommission komme am stärksten der Gemeinschaftscharakter zum Ausdruck. Die Bundesregierung sei der Meinung, daß die Kommission sich etwas Zeit für ihre Überlegungen lassen sollte. Es sei wünschenswert, daß die Kommission ihre Vorschläge dem Ministerrat bei der Sitzung am 26. Juli unterbreite. Dann hätte der Ministerrat die Möglichkeit, sich zu vertagen und während der Ferienzeit die Vorschläge der Kommission im einzelnen zu überprüfen.

Werner: Auch nach seiner Meinung solle die EWG-Kommission nicht inaktiv bleiben. Sie solle nichts überstürzen und keine verfrühten Vorschläge unterbreiten, die Anlaß zur erneuten Auseinandersetzung sein könnten. Auch er sei einverstanden, daß die Kommission nicht lahmgelegt werde. Man müsse vermeiden, daß die Kommission gedemütigt und in ihren Funktionen gemindert aus der Auseinandersetzung herausgehe. Er sei der Meinung, daß die Kommission unter Berücksichtigung der bei der letzten Ministerratssitzung erzielten Fortschritte einen Vorschlag über die Agrarregelung zu Papier bringe. Was die politische Seite angehe, so sollten keine neuen Vorschläge der Kommission vorgelegt werden, die auf einer anderen Ebene geregelt werden könnten.

Schröder: Die deutsche Meinung gehe dahin, daß die Kommission eine Revision ihrer früheren Vorschläge zur Agrarfinanzregelung im Licht der letzten Diskussion vornehmen solle. Weiter liege der Bundesregierung aber an einer gleichgewichtigen Fortentwicklung der Gemeinschaft.

Werner: Er sei einverstanden mit Vorschlägen der Kommission zur Agrarfinanzregelung und zu den Fragen, die eine Weiterführung und Ausgestaltung der Verträge beinhalte; insbesondere gelte das für die Zollunion zum 1. Juli 1967. Aus taktischen Gründen sei er aber der Meinung, daß die Fragen der Einnahmen gemäß Artikel 201 und der parlamentarischen Kontrolle nicht in die Vorschläge einbezogen werden sollten. Diese Fragen könnten in der Schwebe bleiben und den Regierungen überlassen bleiben, die eine Regelung finden sollten. Hierfür könnte man vielleicht zu grundsätzlichen Vereinbarungen kommen.

Schröder: Zunächst sollte einmal der Besuch von Außenminister Luns in Paris abgewartet werden. Er selbst habe mit Herrn Luns inzwischen am vergangenen Samstag gesprochen. Dieser habe ihm gesagt, daß er an seiner bisherigen Linie festhalten wolle.

Werner: Außenminister Spaak sei etwa auf der Linie, die er soeben dargelegt habe. Vielleicht sei er noch etwas geneigter, die jetzige Diskussion allein auf die Agrarfinanzregelung zu beschränken. Wenn auch die von Herrn Außenminister Schröder angesprochenen Fragenkomplexe miteinander gekoppelt seien, so seien sie doch juristisch verschieden zu beurteilen. Die Agrarfinanzregelung müsse jetzt definitiv und in allen Einzelheiten entschieden werden. Bei den übrigen Problemen genüge die Aufstellung eines Zeitplanes. Er sei einverstanden, wenn man sich einige, daß die Zollunion zu einem bestimmten Zeitpunkt in Kraft trete. Man könne vielleicht auch ein Einvernehmen darüber erzielen, daß hinsichtlich der parlamentarischen Kontrolle zu einem bestimmten Zeitpunkt etwas geändert werden sollte.

Schröder: Er habe darüber nachgedacht, ob man nicht eine gewisse Minimallösung für die Parlamentsfrage festlegen könne. Im übrigen müsse das Problem der parlamentarischen Kontrolle bei der Zusammenlegung der Verträge ohnehin gründlich überprüft werden.

Werner: Dies habe er schon vor einiger Zeit vorgeschlagen. Einen Minimalvorschlag gäbe es vielleicht. Die Franzosen hätten schon folgende Gedanken entwickelt:

Wenn das Europaparlament gegen die Haushaltsvorlage Einwände erhebe und Abänderungsvorschläge mache, so sollte vorgesehen werden, daß über den Haushalt im Ministerrat Artikel für Artikel abgestimmt werden sollte. Außerdem könnte noch einmal eine zweite Lesung in Straßburg erfolgen.

Schröder: Die Frage der Befugnisse des Parlaments werde eine sehr langwierige Angelegenheit werden.

Er möchte noch einen anderen Gedanken mit Herrn Staatsminister Werner erörtern, und zwar ob es möglich wäre, daß einer seiner Mitarbeiter zu einer Aussprache mit Herrn Staatssekretär Lahr nach Bonn käme.

Werner: Er sei gern dazu bereit, einen Mitarbeiter zu Herrn Staatssekretär Lahr nach Bonn zu schicken. Eine laufende Aussprache mit dem Ziel, möglichst bald über die Krise hinwegzukommen, sei notwendig und wünschenswert.

Schröder: Er sei ihm dankbar für die Bereitschaft. Er werde Herrn Staatssekretär Lahr bitten, sich mit seinem Büro in Verbindung zu setzen. Er wäre weiterhin dankbar, von Herrn Staatsminister Werner zu hören, ob er zu der Ministerratssitzung am 26. Juli zwecks Erörterung der aktuellen Probleme kommen werde.

Werner: Dies sei ein schwieriger Punkt. Er sei der Meinung, daß es nicht klug sei, die bei der letzten Ministerratssitzung behandelten Fragen auf die Tagesordnung am 26. Juli zu setzen, wenn die französische Regierung nicht bereit sei, über diese Fragen zu sprechen. Er glaube, daß man bei der Festlegung der Tagesordnung sehr vorsichtig sein müsse. Dies sei auch das Gefühl von Außenminister Spaak. Die französische Regierung setze sich zwar ins Unrecht, wenn sie nicht zur Ministerratssitzung komme, weil dies eine Verletzung des Vertrags darstelle. Andererseits sollte man die erwähnten Fragen nicht auf die Tagesordnung setzen, wenn dies politisch nicht ratsam sei.

Schröder: Die Bundesregierung sei, wie gesagt, der Meinung, daß die EWG-Kommission ihre Vorschläge am 26. Juli vortragen sollte. Man könnte sie dann ohne Diskussion den Regierungen zuleiten. Nach den Ferien könnte man dann sehen, wie die einzelnen Regierungen sich zu diesen Vorschlägen einstellten.

Werner: Er wolle darüber nachdenken. Vielleicht könne man noch einmal miteinander telefonieren, um sich gegenseitig über die weiteren Entwicklungen zu unterrichten.

Schröder: Er würde dies sehr begrüßen.